

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER AMBULANTEN VERSORGUNG HESSEN

Hausärztinnen und Hausärzte · Fachärztinnen und Fachärzte · Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (GKV-BStabG) | Kabinettsentwurf 29. April 2026

Reformieren statt ruinieren – Versorgung sichern statt Strukturen schwächen

-5 %

Vergütungskürzung für alle Praxen 2027

-24.000 €

pro Praxis und Jahr (Durchschnitt)

2,41 Mrd. €

direkte Kürzung ambulante Versorgung

Demokratie ohne Dialog ist keine Demokratie.

Der Referentenentwurf erreichte Verbände und Selbstverwaltung Donnerstagabend. Stellungnahmefrist: Montag 9:00 Uhr. Das ist kein Dialog, das ist Ausgrenzung derer, die die Versorgung tagtäglich sichern.

Das Gesetz trifft die Falschen

- Ambulante Versorgung wächst langsamer (+7,3 %) als Krankenhaus (+9,0 %), Heilmittel (+10,3 %) oder Prävention (+11,3 %), trägt aber den größten Einsparanteil und macht nur 16 % der Kosten im Gesundheitswesen aus.
- Hausärzte und Kinderärzte: -9.000 €/Praxis/Jahr; Radiologen bis -68.000 €; HNO bis -44.000 €; Psychotherapeuten durchschnittlich -32.000 €/Behandler/Jahr, hinzu kommt die ersatzlose Streichung der Kurzzeittherapie-Zuschläge, -10.000 €/Jahr.
- Parallel kürzt der Bund den Zuschuss zum Gesundheitsfonds ab 2027 dauerhaft um 2 Mrd. Euro. Die Kosten trägt die Versichertengemeinschaft.

Wer heute kürzt, zahlt morgen doppelt

- Weniger ambulante Kapazität = mehr Krankenhauseinweisungen, längere Wartelisten, Überlastung der Notaufnahmen.
- Das Zentralinstitut der Kassenärztlichen Versorgung (ZI) warnt: "Einstieg in die Wartelisten- und Rationierungsmedizin".
- Kürzungen in der Kinder- und Jugendpsychotherapie gefährden gesellschaftliche Resilienz und Demokratiefähigkeit.

Unsere fünf Forderungen

- **Keine pauschale Kürzung der ärztlichen und psychotherapeutischen Gesamtvergütung.**
- **TSVG-Instrumente erhalten: Terminservicestellen, offene Sprechstunden, Kurzzeitpsychotherapie.**
- **Gleiche Wettbewerbsbedingungen für ambulante Operationen - keine Bevorzugung stationärer Pauschalen.**
- **Vollständige Steuerfinanzierung der Beiträge für Bürgergeldempfänger und versicherungsfremder Leistungen.**
- **Echte Kostentreiber angehen: Krankenhaus (33,1 % der GKV) und sonstige Leistungen (26,9 Mrd. €) reformieren.**

**Wir fordern hessische Landespolitik und Bundestagsabgeordnete auf:
Substanzielle Nachbesserungen jetzt,
bevor die ambulante Versorgung in Hessen irreparablen Schaden nimmt.**

Hausärztinnen- und Hausärzterverband Hessen; Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen Hessen; Hessischer Chirurgenverband; Berufsverband der Hals-Nasen-Ohrenärzte Hessen; Berufsverband der Internistinnen und Internisten Hessen; Berufsverband der Frauenärztinnen und Frauenärzte Hessen; Berufsverband der Dermatologen; Berufsverband der Anästhesisten; Berufsverband Nuklearmedizin Hessen; Berufsverband der Deutschen Urologie; Berufsverband der Orthopäden und Unfallchirurgen; Berufsverband der Deutschen Chirurgie Hessen; Berufsverband der Gastroenterologie; Berufsverband der Deutschen Radiologie Hessen; Berufsverband der Fachärzte für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie; Nephrologischer Regionalverband Hessen e. V.; Berufsverband deutscher Nervenärzte Hessen; Berufsverband der niedergelassenen Kardiologen; Fachärzte für Physikalische und Rehabilitative Medizin; Berufsverband der Augenärzte Hessen; Berufsverband der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie; Deutsche Psychotherapeutenvereinigung Hessen; Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie Hessen; Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeuten Hessen; Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin und Ärztliche Psychotherapie; Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten Hessen; bkj - Bundesverband für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie Hessen.